

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreistag Stendal
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 18.12.2008
Sitzung Nummer:	36 (KT/36)
Sitzungsdauer:	17:04 - 20:05 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Lothar Riedinger
Vorsitzender

Angela Vogel
Protokollführerin

Anwesend:

Vorsitz

Herr Lothar Riedinger

Mitglieder

Herr Eberhard Andert

Herr Günter Bartels

Herr Arnold Bausemer

Herr Ralf Berlin

Herr Dieter Bolle

bis 19.35 Uhr

Herr Gerhard Borstell

bis 18.45 Uhr

Frau Edith Braun

Herr Jürgen Emanuel

bis 19.35 Uhr

Herr Arno Felser

Herr Marcus Graubner

ab 18.00 Uhr

Frau Petra Hoffmann

Herr Gerhard Imig

Herr Dr. Manfred Kessel

bis 18.32 Uhr

Frau Brigitte Klemm

Herr Uwe Klemm

Herr Dr. Michael Kühn

Herr Wolfgang Kühnel

Frau Katrin Kunert

ab 17.40 Uhr

Herr Bernd-Otto Leunig

Herr MR Dr. Volkmar Lischka

bis 18.50 Uhr

Herr Klaus-Peter Noeske

Herr Dr. Rudolf Opitz

Frau Christine Paschke

Frau Dr. Helga Paschke

Herr Wolfgang Peller

Herr Detlef Radke

bis 18.20 Uhr

Herr Günter Rettig

Herr Detlef Schatke

Herr Gerd Schlaak

bis 19.15 Uhr

Herr Waldemar Schreiber

Herr Eduard Stapel

Herr Eckhard Stern

Herr Bodo Strube

Herr Norbert Tanne

Herr Eike Trumpf

Frau Bärbel Voigt

Herr John Völtzke
Herr Peter Zimmermann

von der Verwaltung

Herr Jörg Hellmuth
Frau Annemarie Theil
Herr Carsten Wulfänger

Abwesend:

Mitglieder

Herr Ralf Bergmann
Herr Fritz Düsedau
Herr Horst Janas
Herr Rüdiger Kloth
Herr Lothar Krater
Herr Dr. Klaus-Jürgen Mörs
Herr Bernd Prange
Herr Hans-Joachim Seeger
Herr Dr. Volker Stephan

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung
- 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 35. Sitzung des Kreistages Stendal am 13.11.2008
- 5 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 35. Sitzung des Kreistages am 13.11.2008
- 6 Beschluss des Kreistages über die Jahresrechnung 2007 des Landkreises Stendal sowie die Entlastungserteilung für den Landrat
Vorlage: 442
- 7 Zuwendung für den ÖPNV für das Jahr 2009 - Eckwertebeschluss
Vorlage: 471
- 8 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2009 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 443
- 9 Stellungnahme des Landkreises Stendal zum 1. Entwurf des Landesentwicklungsplanes des Landes Sachsen - Anhalt 2010
Vorlage: 434 – Austauschvorlage – einschließlich Ergänzungsblatt zur Anlage 1 vom 12.12.2008
- 9.1 Änderungsantrag zur Drucksache Nr. 434 - Stellungnahme des Landkreises Stendal zum 1. Entwurf des Landesentwicklungsplanes des Landes Sachsen-Anhalt 2010 - Antrag der Fraktion DIE LINKE.-Bündnis 90/Die Grünen -
Vorlage: 478
- 10 Zusatz zu den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen des Landkreises Stendal
Vorlage: 451
- 11 Zuwendungsverträge in der Jugendarbeit
Vorlage: 468

- 12 Förderung des Sportes - Zuwendungsvertrag mit dem Kreissportbund Stendal Altmark e.V.
Vorlage: 469 – einschließlich Austauschblatt -
- 13 Arbeitsschwerpunkte zur Verringerung der Folgen von Armut bei Kindern im Landkreis Stendal
Vorlage: 470
- 13.1 Änderungsantrag zur Drucksache Nr. 470 - Arbeitsschwerpunkte zur Verringerung der Folgen
von Armut bei Kindern im Landkreis Stendal
- Antrag der Fraktion DIE LINKE.-Bündnis 90/Die Grünen -
Vorlage: 477
- 14 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Riedinger, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Kreistages und Gäste und eröffnet um 17.04 Uhr die 36. Sitzung des Kreistages.

zu TOP 2 Einwohnerfragestunde

Es bestehen keine Wortmeldungen.

zu TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt fest:

- die Ladung zur heutigen Kreistagssitzung erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 5. Dezember 2008,
- der Kreistag ist beschlussfähig (es sind 39 Mitglieder des Kreistages anwesend – siehe Seite 1 Anwesenheitsliste).

Zur Tagesordnung sagt der Vorsitzende folgendes an:

Im **öffentlichen Teil** wird der TOP 4 – die Feststellung der Niederschrift der 35. Sitzung des Kreistages Stendal am 13.11.2008 – von der Tagesordnung abgesetzt, da die fristgerechte Zustellung der Niederschrift durch die Biber-Post nicht in jedem Fall gewährleistet wurde. Einige Mitglieder des Kreistages haben diese erst am gestrigen Tage erhalten.

Zum TOP 9 wurde ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Bündnis 90/Die Grünen eingereicht. Dieser Antrag wird im Rahmen des TOP 9 mit behandelt.

Zum TOP 13 ist ebenfalls ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. - Bündnis 90/Die Grünen übergeben worden. Dieser Antrag wird ebenfalls unter dem TOP 13 mit beraten.

Für den **nichtöffentlichen Teil** wurden den Mitgliedern des Kreistages heute die Vorlagen Nr. 476 und 461 übergeben. Diese werden mit auf die Tagesordnung gesetzt. Des weiteren wird der TOP 15 – die Feststellung der Niederschrift vom 13.11.2008 – nichtöffentlicher Teil – aus den genannten Gründen von der Tagesordnung abgesetzt.

Er fragt an, ob weitere Vorschläge zur Änderung der Tagesordnung bestehen?

Herr Bausemer bemerkt, dass für die Jahresrechnung kein Austauschblatt zur Frage der Faxgeräte vorliegt. Es handelt sich nicht um zwei Faxgeräte, sondern nur um ein Faxgerät. Darauf legt er großen Wert. Oder soll das diese Mitteilung sein, die heute übergeben wurde?

Der Vorsitzende bemerkt, dass diese Frage im nichtöffentlichen Teil behandelt wird. Er bittet Herrn Bausemer bis dahin abzuwarten.

Die Tagesordnung wird mit den Änderungen vom Kreistag bestätigt.

zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 35. Sitzung des Kreistages Stendal am 13.11 2008

zurückgestellt

zu TOP 5 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 35. Sitzung des Kreistages am 13.11.2008

Der Vorsitzende gibt den in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss (DS-Nr. 445) der 35. Sitzung des Kreistages am 13.11.2008 bekannt.

**zu TOP 6 Beschluss des Kreistages über die Jahresrechnung 2007 des Landkreises Stendal sowie die Entlastungserteilung für den Landrat
Vorlage: 442**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Trumpf, bemerkt u. a., dass sich die Gesamtsituation für den Landkreis nur schwerlich verbessert. Wenn wir nicht auf Unterstützung und Aktivität von außen hoffen können, werden wir aus der derzeitigen Haushaltsmisere nicht herauskommen.

Die Grundlage der Diskussion in den Gremien bildete die Jahresrechnung als auch die Stellungnahme des Landrates.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich innerhalb dreier Sitzungen mit der Problematik eingehend befasst. Der Landrat und die Beigeordneten hatten Gelegenheit, auf zwei Sitzungen Ausführungen zum Schlussbericht zu machen. Auf der letzten Sitzung bestätigte der Rechnungsprüfungsausschuss einstimmig den Bericht und empfiehlt dem Kreistag, die Jahresrechnung 2007 zu beschließen und dem Landrat uneingeschränkt Entlastung zu erteilen.

Mit der Stellungnahme des Landrates konnten viele Fragen ausgeräumt oder erläutert werden. Positives ist zu berichten über die Entwicklung des Kostenniveaus in der Abfallwirtschaft, über die Ausgabeentwicklung in Bezug auf die Schülerbeförderung, der Organisations- und Arbeitsstand im Regiebetrieb, die Sportförderung, Theaterförderung u. a. Es wurde bestätigt, dass im Bereich der Jugendarbeit eine Effizienz zu erkennen ist. In Bezug auf das Amt für Verwaltungssteuerung ist festzustellen, dass erhebliche Erfolge erzielt werden konnten. Im Straßenverkehrsamt hat sich die Problematik der Eintreibung von Schulden verbessert. Durch entsprechende Regelungen konnten Einnahmeverbesserungen erzielt werden.

Insgesamt gab es auch Aussagen zur Haushaltskonsolidierung und Aussagen zu entsprechenden Risiken in verschiedenen Bereichen.

In Bezug auf die Personal- und Organisationsentwicklung sind positive Tendenzen zu verzeichnen.

Um die Haushaltskonsolidierung bis 2016 zu erreichen, bedarf es erheblicher Anstrengungen und einer absoluten Haushaltsdisziplin in allen Bereichen.

Herr Berlin stellt für die Fraktion der FDP/ZENTRUM den Antrag, den Punkt 8.1. aus dem Schlussbericht zur Jahresrechnung 2007 herauszunehmen. In einem gemeinsamen Gespräch mit dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes und dem Vorsitzenden des Kreistages wurde festgestellt, dass es keine mangelhafte Abrechnung bei den Fraktionsgeldern gab. Es wurde auch festgestellt, dass die Prüfung der Fraktionsgelder nicht durch das Rechnungsprüfungsamt erfolgte, sondern durch Mitarbeiter des Rechtsamtes. Des weiteren hätten bei Feststellung von Unregelmäßigkeiten die Betroffenen aufgefordert werden müssen, dazu Stellung zu nehmen. Alle Ämter wurden zur Stellungnahme aufgefordert, nur die Fraktionen des Kreistages nicht. Ich hätte von Seiten des Rechnungsprüfungsamtes, des Rechnungsprüfungsausschusses und des Landrates mehr Behutsamkeit erwartet. Deshalb stellen wir den Antrag, den Punkt herauszunehmen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag von Herrn Berlin zur Abstimmung.

Der Antrag wird mehrheitlich, bei 15 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen, vom Kreistag abgelehnt.

mehrheitlich beschlossen

Ja 23 Nein 8 Enthaltung 8

zu TOP 7 Zuwendung für den ÖPNV für das Jahr 2009 - Eckwertebeschluss
Vorlage: 471

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Der Landrat bemerkt, dass die Zahl im Eckwertebeschluss nicht mit der Zahl im Haushalt übereinstimmt. Das hängt damit zusammen, dass zur Mitte des Jahres 2009 ein Teil der Konzessionen ausläuft.

Wir benötigen jedoch den Eckwertebeschluss, um zum 01.01.2009 den Vertrag mit dem derzeitigen Konzessionsnehmer abschließen zu können.

mehrheitlich beschlossen

Ja mehrheitlich Nein 0 Enthaltung 4

zu TOP 8 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2009 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 443

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Der Landrat stellt fest, dass am 13.11.2008 der erste Entwurf des Haushaltsplanes vorgelegt worden ist. In den vergangenen Wochen haben sich einige Veränderungen ergeben, die Ihnen mit dem vorliegenden Entwurf übergeben wurden.

Belastungen kommen auf uns durch die Senkung der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft zu. Entlastungen könnten evtl. im Zusammenhang mit der Erhöhung des Wohngeldes, welches durch den Bund getragen wird, verzeichnet werden. Des weiteren sehen wir eine gewisse Entlastung im Rahmen der Aufgaben zur Tierkörperbeseitigung. Hier hat der Landtag vor gut einer Woche nach zweijähriger Diskussion beschlossen, dass ab 2009 die Aufwendungen der Landkreise halbiert und ab Mitte 2010 wir völlig aus den Zahlungsverpflichtungen herausgenommen werden. Wir haben hier ca. 300,0 T€ jährlich zu zahlen.

Wir haben aber auch die neuesten Zahlen, was das FAG betrifft. Hier gehen wir davon aus, dass wir Mehreinnahmen haben werden.

Insbesondere die Problematik der Kosten der Unterkunft ist unser größter Ausgabeposten. Wir haben einen Planansatz von 34,5 Mio. Euro und sind in dem neuen Entwurf auf 33,5 Mio. Euro heruntergegangen. Diese Zahl sehen wir als belastbar und realistisch an.

Ein nächster Punkt, der insbesondere im Rahmen der Erarbeitung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes eine Rolle gespielt hat, ist das Thema der Grundsicherung im Alter. Die Erfahrungswerte auf diesem Gebiet sind sehr gering. Sicher sind wir nur, dass die Belastungen steigen werden. Auch hier fällt die Beteiligung des Bundes nicht so hoch aus, wie allgemein erwartet. Wir hoffen jedoch ausdrücklich, dass hier das Wohngeldgesetz greift.

Bezüglich der Kreisumlage ist vorgesehen, dass diese von 50,1 % auf 48,1 % gesenkt werden soll.

Im Vermögenshaushalt wurde entsprechend unserer mittelfristigen Finanzplanung keine Kreditaufnahme für 2009 vorgesehen. Der neuerliche Entwurf sieht nur eine Tilgung von 1,2 Mio. Euro vor. Hauptprojekte für 2009 sind die beiden Schulobjekte in Havelberg und in Osterburg. Diese Projekte werden sich in jedem Fall über mehrere Haushaltsjahre hinziehen. Unsere Planung geht davon aus, dass wir einen erheblichen Teil der Ausgaben über Fördermittel decken können. Die entsprechenden Anträge sind beim Kultusministerium und beim Landesverwaltungsamt eingereicht. Wir erwarten die ersten Bewilligungsbescheide für das II. Quartal 2009. Es wird nicht darum gehen, ob die Maßnahmen gefördert werden, sondern in welcher Höhe. Wir haben die Besonderheiten in Havelberg erläutert, um den großen Ausgabeansatz zu begründen. Auch im Straßenbau sind Maßnahmen vorgesehen.

Dieser Haushalt wurde auf den Prognosen der demographischen und konjunkturellen Entwicklung aufgestellt. In dieser Zeit haben sich die konjunkturellen Prognosen natürlich drastisch verändert. Darauf muss in der Haushaltsplanung der Folgejahre reagiert werden.

Wir hatten abgestimmt, einen Brief an die Bundesregierung zu verfassen. Ich habe einen solchen Entwurf vorbereitet. Dieser liegt Ihnen vor. Sollten heute keine Bedanken geäußert werden, werde ich das Schreiben morgen absenden.

Der Landrat bedankt sich für die konstruktive Diskussion in den vergangenen Wochen und bittet um Zustimmung für den Haushaltsplan 2009.

Herr Berlin fragt nach, was das Landesverwaltungsamt zu unserem Planentwurf sagen wird. Wir haben in diesem Haushalt eine gute Million Fehlbetrag zur Haushaltskonsolidierung. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das Landesverwaltungsamt dem Ansinnen zustimmt. Es ist sicher schön, dass wir die Kreisumlage gesenkt haben. Absolut heißt das jedoch, 11 Euro mehr pro Einwohner. Die Belastung für die Kommunen steigt auch mit der Senkung auf 48,1 %. Fraglich ist, ob der Landkreis einen Kassenkredit von 60,0 Mio. Euro haben muss. Wir haben diesen von 20,0 Mio. Euro auf 50,0 Mio. Euro wegen den Kosten der Unterkunft erhöht. Herr Berlin ist der Auffassung, dass der Kassenkredit nicht ausgereizt werden dürfe, um auch damit Zinsen zu sparen. Unser Vorschlag wäre, auf 50,0 Mio. Euro Kassenkredit herunterzugehen.

Herr Rettig bemerkt, dass die Zahlen, die Herr Hellmuth darlegte, sicher richtig sind. Ich bin seit 1999 Mitglied des Kreistages. Ich kann mich nicht entsinnen, in den zurückliegenden 9 Jahren auch nur in einem Jahr so oft über den Haushalt diskutiert zu haben wie 2008. Das ist das fünfte mal in diesem Jahr. Allein die Tatsache, dass wir erst im September einen genehmigten Haushalt hatten, zeigt, dass die Finanzsituation unseres Landkreises ausgesprochen kritisch ist. Daran ändert auch der Haushalt 2009 nichts. Es ist Tatsache, dass wir seit 2003 jährlich strukturelle Defizite von 6 -7 Mio. Euro verzeichnen. Auch wenn der Haushalt 2009 „nur“ von einem strukturellen Fehlbetrag von 3,1 Mio. Euro ausgeht, ist es so wie der Landrat sagte, sind das bereits wieder 1,0 Mio. Euro mehr, als wir noch im August im Haushaltskonsolidierungskonzept hatten. Somit beträgt der aufgelaufene Fehlbetrag 20,5 Mio. Euro. Die Situation an sich ist viel schlimmer. Das Finanzierungssaldo aus den bisherigen Fehlbeträgen einschließlich 2008 sind unter dessen 42,5 Mio. Euro. Die pro Kopf-Verschuldung des Landkreises beträgt jetzt bereits 521 Euro pro Einwohner und liegt damit über dem Landesdurchschnitt von Sachsen-Anhalt. Das alles, obwohl der Landkreis die Kreisumlage von 25,2 Mio. Euro im Jahre 2004 auf 26,04 Mio. Euro in den Jahren 2005 - 2007 und dann auf 31,04 Mio. Euro 2008 und wie erwähnt 2009 auf 31,9 Mio. Euro erhöhte. Es werden nachweislich Anstrengungen unternommen, die Einnahmen des Landkreises zu erhöhen, auch wenn meine Fraktion diese Erhöhung der Kreisumlage nicht für den richtigen Weg hält. Was die Senkung der Ausgaben betrifft, steht eine Reduzierung der Stellen im Bereich der Kernverwaltung von 7 und im übrigen Bereich von 5 Stellen zu Buche. Im Bereich der Sozialhilfeleistungen und Leistungen für Asylbewerber werden 400,0 T€

weniger geplant als 2008. Trotzdem bleibt es bei diesem strukturellen Defizit von 3,1 Mio. Euro. Also müssen die Ursachen wo anders liegen.

Das langfristige Konsolidierungsziel, durch Integration von erwerbsfähigen Arbeitslosengeld II-Empfängern in den Arbeitsmarkt einen Rückgang der Kosten der Unterkunft zu erreichen, scheint zum Teil einzutreten. Wir rechnen auch mit positiven Auswirkungen der Novellierung des Wohngeldgesetzes. Trotzdem verbessert sich die Situation des Landkreises nicht. Denn das 5. Gesetz zur Änderung des Sozialgesetzbuches II und die Reduzierung des Anteils des Bundes von 28,6 % auf 25,4 % wirkt sich um mehr als 1,2 Mio. Euro belastend auf den Haushalt aus. Das ist nicht die erste Reduzierung des Anteils des Bundes an den Kosten der Unterkunft und es wird auch nicht die letzte sein, solange die Berechnungsformel, die als Grundlage dient, nicht verändert wird.

Im Zeitraum 2007 bis 2009 verringern wir die Leistungen im SGB II um 1,3 Mio. Euro. Gleichzeitig werden aber die Zuschüsse des Bundes um mehr als 2,3 Mio. Euro reduziert. Allein von der Kreisumlage werden 37 % für die Deckung der Kosten der Unterkunft benötigt. Bei dieser Entwicklung an eine Haushaltskonsolidierung bis 2016 zu glauben, setzt viel Phantasie voraus.

Die Landesregierung plant zudem zukünftig eine noch stärkere Berücksichtigung der Einwohnerzahl bei den Finanzausweisungen. Demnach sollen die Zahlungen pro Einwohner aus dem FAG höher werden, wenn die Kommune viele Einwohner hat und umgekehrt. Gerade für die Kommunen, die trotz geringer Einwohnerzahlen ober- oder mittelzentrale Funktionen ausführen sollen, werden wir auch an der Stelle doppelt bestraft. Bund und Land haben einen maßgeblichen Anteil daran, dass die Kommunen und unser Landkreis permanent unterfinanziert sind, und eine andere Finanzausstattung der Kommunen ist unbedingt notwendig.

Der Haushalt ist äußerst schwer zu lesen und in einzelnen Positionen auch schwer nachzuvollziehen. Zum Beispiel bei den Personalkosten. Vielfach gab es bei Nachfragen ganz einfache Erklärungen (Altersteilzeit, nicht besetzte Stellen, die neu besetzt werden oder ähnliches). Diese Erklärungen hätte man mit Fußnoten oder unter Erläuterungen herausarbeiten können. Meine Fraktion erwartet, dass die Verwaltung im 2. Halbjahr 2009 ein Personalkonzept vorlegt, welches über einen Eckstellenplan deutlich hinausgeht, um die Erfahrungen des 1. Halbjahres hinsichtlich hinreichender Personalausstattung der Ämter bei sich verändernden oder zusätzlichen Arbeitsfeldern berücksichtigt. Allein die Erhöhung des Kindergeldes hat ja auch Auswirkungen auf Bewilligungen im Jugendamt. Die Wohngeldstelle wird sicher anders arbeiten müssen als in 2008. Kämmerei – das Ausscheiden von Frau Möhlmann - ist nach wie vor eine offene Frage.

Herr Borstell bemerkt u. a., dass als positiv zu bewerten ist, dass heute der Haushalt 2009 auf der Tagesordnung steht. Das Haushaltskonsolidierungskonzept basierte bei seiner Erstellung auf den guten Konjunkturprognosen. Nun stehen wir vor dem Problem, wie es umsetzbar ist. Ein wichtiger Faktor bildet die Kreisumlage, welche linear ansteigen wird. Es steht fest, dass die Lage dramatisch bleiben wird, solange die strukturellen Fehlbeträge nicht minimiert werden.

Im Vermögenshaushalt haben wir ca. 7,0 Mio. Euro. Schwerpunkte bilden die Schulen. Wenn man die Jahre 2009 - 2012 nimmt, dann werden hier 18,8 Mio. Euro im Schulbaubereich eingesetzt, mit einem Fördermittelanteil von ca. 10,0 Mio. Euro. Der Sanierungsbedarf in den Schulen ist sehr hoch (ca. 30,0 Mio. Euro). Das wird aus eigener Kraft nicht machbar sein. Über die Liste der freiwilligen Leistungen brauchen wir nicht diskutieren.

Herr Berlin hat den hohen Kassenkredit angesprochen. Natürlich ist das eine Steigerung bei den Zinsen. Ich nehme an, dieser Kassenkredit wird auch so strukturiert, dass das Geld, was täglich nicht gebraucht wird, auch angelegt wird.

Herr Schattke bemerkt, dass er dem Haushalt nicht zustimmen wird. Das Landesverwaltungsamt hat erkannt, dass es so, wie wir mit dem Haushalt umgehen, nicht weitergehen kann. Wenn wir unterfinanziert sind, dann muss man dafür sorgen, dass man nicht mehr unterfinanziert ist. Ich habe stetig die Klage angesprochen. Herr Hellmuth – das letzte mal war es 2007 im Dezember. Da war die Möglichkeit gegeben, noch bis Mitte Dezember zu klagen, weil in den Finanzierungsausgleichstopf eingegriffen worden ist. Dann haben Sie uns Herrn Albers präsentiert, und die Jahresfrist nach dem Landesverfassungsgesetz war abgelaufen. Wenn wir nichts machen und nicht dafür sorgen, dass wir ausreichende Finanzmittel erhalten, dann können wir auch nicht sagen, wir sind unterfinanziert. Wir müssen ernsthafter mit dem Haushalt umgehen. Wir müssen ehrlicher miteinander umgehen und dürfen nicht unsere Kinder mit den Schulden belasten. Das Landesverwaltungsamt hat bestimmt, dass die Kreisumlage auf 50,1 % erhöht wird. Wir haben uns zurückgelehnt und die Erhöhung 50,1 % durchgesetzt. Wir

geben durch eine solche Haushaltsführung unsere Gestaltungsfähigkeit auf. Das Land bestimmt und der Landrat folgt. Jetzt lässt man sich beloben, ja wir sind nun wieder auf 48,1 % heruntergegangen. Dies ist, wenn ich den Haushalt betrachte, unehrlich. Wir strapazieren hier das Wort Konsolidierung. Wer konsolidiert denn hier? Wir sollten erst einmal uns konsolidieren in unseren Gedanken. Innerhalb von 2 Monaten stimmt das gesamte Konsolidierungskonzept nicht mehr.

Wo können wir etwas erreichen? Wir können natürlich freiwillige Leistungen streichen. Das Theater ist in der letzten Sitzung durchgekommen – dann mag es eben so sein. Ich habe mich damals der Stimme enthalten. Schön ist es, in der Zeitung zu lesen, dass der SPD-Vorsitzende, Herr Bergmann, sich in einer Weihnachtsveranstaltung hinstellt und sagt, er kämpfe für das Theater, aber in der CDU stellten sich Schwierigkeiten heraus. Herr Bergmann ist gerade eine der entscheidenden Personen, die dafür gesorgt haben, dass wir unterfinanziert sind, wenn wir unterfinanziert sind, indem er dafür gesorgt hat, dass in den Ausgleichstopf reingegriffen worden ist.

Nun zum Personal. Es geht um das Rechnungsprüfungsamt. Die Einnahmen aus den Gemeinden betragen 240,0 T Euro, aber unsere Kosten belaufen sich auf 525,5 T Euro. Wenn es möglich ist, sollte man sich vom Rechnungsprüfungsamt in Salzwedel prüfen lassen. Dann hätte man zumindest nachkalkulierbare Kosten. Auch beim Gesundheitsamt wären locker 200,0 T Euro zu sparen.

Ich persönlich bezweifle, dass ein Personalentwicklungskonzept existiert. Das Ziel ist der Weg und nicht der Weg ist das Ziel. Man setzt sich mit den Amtsleitern zusammen und fragt nach, auf wie viel Mitarbeiter verzichtet werden kann. Dann hat man eine Zahl, die man greifen kann. Hier läuft es anders ab. Hier entfällt eine Stelle. Diese soll neu besetzt werden. Dann fragt man, ob sie neu besetzt werden muss, und wenn keiner aus dem Haus die Stelle haben will, wird extern ausgeschrieben. Das ist kein Personalentwicklungskonzept. Das ist eine gleichgültige Haltung zum Haushalt.

Herr Kühnel bemerkt, dass es eben in seiner Fraktion sehr kritisch zugeht. Auch war zu erkennen, dass Herr Schatke immer bemerkt hat, dass er seine Auffassung wiedergibt. Das ist richtig, denn die Fraktion ist in vielen Dingen anderer Meinung.

Ich lege Wert darauf festzustellen, dass seit 1989 viel erreicht worden ist, wenn ich unsere Schulen betrachte oder unsere Infrastruktur.

Es ist selbstverständlich, dass eine Abstimmung mit den einzelnen Ämtern natürlich erfolgt ist. Trotzdem müssen wir einen Schwerpunkt betrachten. In der Welt gibt es eine Krise, und wir wissen nicht, was uns im kommenden Jahr erwartet. Wir wissen aber, dass es ein Konjunkturprogramm gibt und das vor allem im öffentlichen Sektor investiert werden wird. Für uns bedeutet das, alles daran zu setzen, unser Investitionsprogramm so schnell als möglich anzupacken. Die Verwaltung und die Ausschüsse haben genug Vorarbeit geleistet. Wir haben genügend Vorhaben in der Prioritätenliste. Es sollte nunmehr zielgerichtet in Bildung investiert werden. Man kann in Berlin und Magdeburg so viel beschließen wie man will. Umgesetzt werden muss es vor Ort. Deshalb werden wir noch oft tagen und uns darüber verständigen.

Selbstverständlich ist jeder Euro, den wir an Kredit aufnehmen, eine Belastung für spätere Generationen. Jeder Euro, den wir in dieser Zeit in die Hand nehmen und für Bildung ausgeben, ist ein gut investierter Euro und kommt unseren Kindern zu Gute. Ich möchte jedem Vorwurf entgegenreten der besagt, dass wir nicht verantwortungsvoll mit Geld umgehen.

Frau Braun bemerkt, dass die Ist-Situation jeder kennt. Sie bezieht sich auf den Beitrag von Herrn Rettig. Wir wissen alle um die Schwierigkeiten der Defizite und unsere Schulden. Aber sie hat im Beitrag keinen konkreten Vorschlag dahingehend gehört, wie wir aus dieser Situation herausfinden, außer das der Bund und das Land uns unterfinanziert. Das wissen wir. Wir sind hier im Kreistag Stendal und können die Gesamtsituation in Deutschland auf dieser Ebene nicht lösen. Das ist Aufgabe unserer Profis – unserer Landtags- und Bundestagsabgeordneten. Ich lasse mir nicht schlecht reden, was wir in den vergangenen Jahren mit dem Geld geschaffen haben. Und es ist sichtbar. Wenn wir in der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftskrise nur negativ diskutieren, was sollen die Bürger von uns erwarten? Wie soll es weitergehen? Welche Botschaft wollen wir vermitteln? Wir müssen das Beste aus der Situation machen, und das werden wir.

Frau Dr. Paschke bezieht sich auf den Beitrag von Herrn Schatke. Er hat in seinem Beitrag eine konkrete Zahl genannt, was die Einsparung im Gesundheitsamt betrifft. Wir haben uns im Sozialausschuss mit dem Haushalt

des Gesundheitsamtes zweimal intensiv beschäftigt. Das ist ein verhältnismäßig kleiner überschaubarer Haushalt. Wir haben jetzt schon das Problem, dass wir Arztstellen nicht besetzen können, weil die Besoldung ziemlich gering ist. Wir sind verpflichtet, Prävention zu betreiben, sonst bezahlen wir an anderen Stellen mehr. Und wenn man dann so einen Vorschlag macht und den in den Raum stellt, dann muss man da ja eine ganz konkrete Vorstellung haben, was denn in dem Bereich Gesundheitsamt gemacht werden kann. Wir waren der Überzeugung, das ist wirklich die Untergrenze der Finanzierung.

mehrheitlich beschlossen

Nein 4 Enthaltung 15

zu TOP 9 Stellungnahme des Landkreises Stendal zum 1. Entwurf des Landesentwicklungsplanes des Landes Sachsen - Anhalt 2010
Vorlage: 434 – Austauschvorlage – einschließlich Ergänzungsblatt zur Anlage 1 vom 12.12.2008

zu TOP 9.1 Änderungsantrag zur Drucksache Nr. 434 - Stellungnahme des Landkreises Stendal zum 1. Entwurf des Landesentwicklungsplanes des Landes Sachsen-Anhalt 2010 - Antrag der Fraktion DIE LINKE.-Bündnis 90/Die Grünen - Vorlage: 478

Der Vorsitzende stellt die Vorlagen zur Diskussion.

Frau Theil bemerkt, dass diese Vorlage sehr intensiv in allen Fachausschüssen des Kreistages beraten worden ist. Das Ergebnis wurde in den Ergänzungsblättern dokumentiert. Den wichtigsten Punkt innerhalb der Diskussionen bildete die zentral örtliche Gliederung. Des weiteren fehlt in dem Entwurf der Abschnitt Bildung und Kultur. Wir sind der Auffassung, dass dieser aufgenommen werden sollte.

Kriterien der Erreichbarkeit wurden auch diskutiert. Deshalb der Vorschlag, dass nicht die Erreichbarkeit eines Grundzentrums mit dem PKW ein Maß der Dinge sein sollte, sondern die Erreichbarkeit mit dem ÖPNV.

Die vorliegende Stellungnahme wurde mit dem Altmarkkreis Salzwedel abgestimmt.

Es wird im 1. Halbjahr des Jahres 2009 einen zweiten Entwurf geben, der in die Erörterung und Diskussion gegeben wird. Das Ziel wird sein, den Landesentwicklungsplan ab 2010 in Kraft setzen zu können. Frau Theil hofft, dass die Vorschläge in diesem Plan ihren Niederschlag finden.

Herr Rettig bemerkt, dass nach ausführlicher Diskussion in den Ämtern und Fachausschüssen des Kreistages den Mitgliedern des Kreistages erst am 10.12.2008 bekannt gegeben wurde, was in den Ausschüssen diskutiert wurde und wie man sich nun verhalte.

Die Nichtaufnahme von Punkten, die die Fachausschüsse herausgearbeitet hatten, hat uns veranlasst, einen Antrag zu stellen, der Ihnen heute leider erst übergeben werden konnte.

Die Landesentwicklungsplanung soll einerseits zukünftig einen spezifischen Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit leisten und sich andererseits den aus den demografischen Entwicklungen neuen Fragestellungen widmen. Ganz wesentlich ist für unsere Bürgerinnen und Bürger die Zukunft der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wichtig ist die Landesentwicklungsplanung nicht zuletzt deshalb, weil anhand seiner darüber entschieden wird, wohin Geld für die Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge fließt oder auch nicht und ob ländliche Regionen entvölkert oder eine Zukunft haben.

Wir beantragen, dass in diese Stellungnahme die Ausweisung der Stadt Stendal als Oberzentrum aufgenommen wird. Die Planungsregion Altmark besitzt zwar kein ausgewiesenes Oberzentrum, verfügt aber mit Stendal über einen Ort, von welchem eine auf die gesamte Region ausstrahlende Zentralitätswirkung ausgeht. Um eine akzeptable Versorgung der gesamten Planungsregion mit oberzentralen Funktionen zu erreichen, ist eine Aufwertung der Stadt Stendal durch die Ausweisung als Oberzentrum notwendig.

Eine absolute Besonderheit in unserem Landkreis stellt der Elbe-Havel-Winkel dar. Die große räumliche Distanz und die eingeschränkte Verkehrsanbindung werfen hier die Frage auf, wie die mittelzentralen Funktionen für die

Bevölkerung angeboten werden können, die nördlich der Einzugsgebiete von Genthin und Stendal wohnen. Für die Stadt Havelberg ist eine Förderung entsprechend der eines Mittelzentrums vorzusehen.

Wir schlagen auch vor, nicht von zentralen Orten, sondern von grundzentralen Versorgungsräumen auszugehen. Der Nachteil einer solchen Grundzentrumsdefinition im Landesentwicklungsplan ist, dass in Orten, die nicht als Zentrum eingestuft werden, schlechtere Rahmenbedingungen existieren, als in den anderen Orten. Sinnvoller ist es, nicht die Orte als Grundzentrum festzulegen, sondern nur die Regionen zu bestimmen. In seiner Sitzung am 17.11.2008 hat sich das Präsidium des Städte- und Gemeindebundes dazu positioniert, im Landesentwicklungsplan alle zukünftigen Einheits- und Verbandsgemeinden als Grundzentrum auszuweisen.

Es ist zu bemerken, dass bei der fach- und hausärztlichen Versorgung zunehmend eine Unterversorgung spürbar wird. Die Bedarfsplanungsrichtlinien für dünn besiedelte Gebiete müssen eingehalten werden. Um eine bedarfsgerechte Verteilung der räumlichen Niederlassungen zu erreichen, kann nicht ausgeschlossen werden, dass ab 2010 die jeweiligen Einheits- oder Verbandsgemeinden Ansiedlungen oder Existenzsicherungen für Hausärzte materiell und finanziell unterstützen müssen. Darüber hinaus sollte mit ärzteentlastenden Versorgungsformen, wie den Gemeindefachdiensten, dem drohenden Ärztemangel im Landkreis begegnet werden. Gegenwärtig gibt es im Land Sachsen-Anhalt ein solches Modellprojekt. Dieses nennt sich mobile Praxisassistentin und wird in 3 Regionen seit Januar 2008 praktiziert. Unter anderem auch in Gardelegen und Umgebung.

Die soziale Beratungsstruktur wird im wesentlichen auf der Landkreisebene organisiert, aber mit Landesmitteln finanziert. Die bisher zur Verfügung gestellten Landesmittel sollen in Form einer kommunalen Sozialpauschale den Kommunen eine entsprechende Gestaltung der Beratungsstruktur ermöglichen. Wir gehen davon aus, dass das Angebot durchaus auch in integrierten Beratungsstellen zusammengefasst werden kann, soweit dies gesetzlich möglich ist, aber auch notfalls mobil vorgehalten wird.

Die Zuweisungen der Landesmittel aus dem FAG dürfen nicht an der Zahlung pro Einwohner festgemacht werden. Dünn besiedelte Gebiete werden hierdurch in doppelter Weise bestraft. Andere Lösungen müssen gesucht werden.

Ich beantrage, dass die im Antrag beschriebenen Punkte einzeln abgestimmt werden, da sie nicht ursächlich in einem Zusammenhang stehen.

Herr Kühnel möchte Herrn Rettig darauf hinweisen, dass der Antrag am 17.12.2008 eingegangen ist. Der Stadtrat von Stendal hat vorher getagt und den Antrag abgelehnt. Wenn der Stadtrat der Stadt Stendal beschließt, dem nicht zu folgen, dann sollten wir das akzeptieren. Auch der Bürgermeister von Havelberg und der Stadtrat wollen nicht Mittelzentrum werden. Warum soll Garlipp nicht ein Unterzentrum mit Teilfunktion eines Grundzentrums werden? Hört sich auch schön an.

Ich möchte die Zeitung nicht loben, aber Herr Schmotz hat gesagt, dass der Vorschlag sicher Charme hat. Man werde in Magdeburg jedoch nicht ernst genommen. Und diesen Vorschlag kann man nicht ernst nehmen. Wer solche Vorschläge macht, hat von der Wirklichkeit keine Ahnung. Wir haben am 11.12.2008 eine Sitzung des KVPA gehabt, und all Anregungen sind von der Verwaltung umgesetzt worden.

Ich schlage vor, den Antrag in Gänze abzulehnen.

Frau Braun fragt an, warum heute dieser Antrag als Tischvorlage vorgelegt wird. Niemand hatte die Gelegenheit, sich inhaltlich und sachlich mit dieser Problematik auseinander zu setzen. Es ist richtig, man darf Anträge zur Tagesordnung stellen. Aber der Umfang des Schreibens bricht alle Dämme. Ich möchte darum bitten, dass wir uns das abgewöhnen. Wir haben ausgiebig über Landesentwicklungsplanung in allen Ausschüssen diskutiert. Wir können doch nicht eingreifen in die kommunale Selbstverwaltung von Städten und Gemeinden. Ich kann dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen.

Herr Rettig bemerkt, dass man Oberzentrum für eine Region ist und nicht für eine Stadt. Damit ist der Beschluss des Stadtrates das Eine. Damit ist das Problem für die Region der Altmark noch lange nicht gelöst. Dazu muss man einen Beschluss des Kreistages herbeiführen und es nicht der Verwaltung überlassen, ob es in die Stellungnahme berücksichtigt wird oder nicht.

Der Landrat fand es bemerkenswert, als der Entwurf des Landesentwicklungsplanes einging, dass auf Grund der demografischen Entwicklung die Städte Stendal und Havelberg ihren bisherigen Status behalten haben. Er sah das als Erfolg der vielen Gespräche, die in zurückliegender Zeit geführt worden sind. Was nicht mehr enthalten war, war ein Teil der Grundzentren. Das ist an sich ein Widerspruch, weil wir in der ländlichen Region annähernd gleiche Lebensverhältnisse haben wollen. Nun sagt das Landesplanungsgesetz, dass Ausnahmen in dünn besiedelten Gebieten möglich sind. Wir haben aber jetzt mit der Stellungnahme einen konkreten Vorschlag gemacht, wo wir die Chance haben, einen Teil der bisherigen Grundzentren zu erhalten.

Ich halte den ersten Teil des Antrages für bedenklich.

Herr Berlin schlägt vor, dass die Entwicklung der Versorgungsinfrastruktur im Fachausschuss noch einmal beraten werden sollte. Bei den Grundzentren kann er sich der Auffassung des Landrates anschließen. Zum Oberzentrum bemerkt er, dass es nicht nur um die Stadt Stendal geht. Es wurde gesagt, dass es dabei um die Altmark gehe. Zur Altmark gehört auch der westliche Teil, und er möchte nicht einfach beschließen, ohne überhaupt mit dem westlichen Teil gesprochen zu haben.

Frau Dr. Paschke bemerkt, dass der Landtag den Landesentwicklungsplan in die Diskussion gegeben hat und mit Benehmen mit der Landesverwaltung diesen dann beschließt. Ich weise darauf hin, dass die ganze Diskussion zu Verbands- und Einheitsgemeinden wirkt. Es war immer die Diskussion, eine Einheitsgemeinde hat nur noch einen Haushalt und man könne nichts mehr beschließen. Bei der Verbandsgemeinde habe ich noch einen Haushalt. Die Frage, die der Minister für Landesentwicklung und Verkehr zu der Beratung des Städte- und Gemeindebundes nicht überzeugend beantworten konnte war, wie er in einer Einheitsgemeinde eine Zuweisung für einen bestimmten Ort als Grundzentrum machen will. 2010 soll das FAG geändert werden. Und wenn ich dann ein Grundzentrum habe, wie soll das bei 10.000 Einwohnern gehen? Darauf konnte bisher keine Antwort vom Minister gegeben werden. Wenn wir unsere Umlandgemeinden davon überzeugen wollen, dass sie miteinander gehen und auch mit einer größeren Stadt, dann ist es ein schlechtes Argument zu sagen, in der Planungsregion, da wird festgelegt, dass ich Grundzentrum bin und ihr seid nur angesiedelt.

Der Vorsitzende des Kreistages lässt die DS-Nr. 478, wie von Herrn Rettig beantragt, in den einzelnen Punkten vom Kreistag abstimmen:

1. Ausweisung der Stadt Stendal als Oberzentrum - **wird mehrheitlich vom Kreistag abgelehnt.**
2. Ausweisung der Stadt Havelberg als Mittelzentrum – **wird mehrheitlich vom Kreistag abgelehnt.**
3. Statt der Kriterien für Grundzentren Orientierung auf grundzentrale Versorgungsräume mit in der Regel mindestens 9000 Einwohnern – **wird mehrheitlich vom Kreistag abgelehnt.**
4. Nach erfolgreichem Abschluss des Modellprojekts „Mobile Praxisassistentin“ sollte eine solche Möglichkeit in allen von Ärztemangel bedrohten Regionen des Landkreises Stendal eingerichtet werden – **wird vom Kreistag mehrheitlich angenommen.**
5. Die bisher für die soziale Beratungsstruktur zur Verfügung gestellten Landesmittel sollen in Form einer kommunalen Sozialpauschale den Kommunen eine den regionalspezifischen Bedingungen entsprechende Gestaltung der Beratungsstruktur ermöglichen – **wird mehrheitlich vom Kreistag angenommen.**
6. Für die Aufrechterhaltung zentraler Funktionen, die entsprechend der Zielstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in jeder Region vorgehalten werden sollen, ist für die jeweiligen Trägerkommunen eine finanzielle Grundausrüstung nötig, die nicht an ihrer Einwohnerzahl allein festzumachen ist – **wird mehrheitlich vom Kreistag angenommen.**

Der Kreistag beschließt die DS-Nr. 434 (Austauschvorlage) mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme, einschließlich der Punkte 4 bis 6 gemäß Niederschrift zur DS-Nr. 478.

**zu TOP 10 Zusatz zu den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen des Landkreises Stendal
Vorlage: 451**

Der Vorsitzende des Kreistages stellt die Vorlage zur Diskussion.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 11 Zuwendungsverträge in der Jugendarbeit
Vorlage: 468**

Der Vorsitzende des Kreistages stellt die Vorlage zur Diskussion.

Herr Wulfänger bemerkt, dass in den letzten 18 Jahren relativ stabile Strukturen in der Jugendarbeit im Landkreis geschaffen worden sind. Es gibt ein ausgewogenes Angebot in den Städten und Gemeinden. In den vergangenen Jahren erfolgte die Finanzierung über eine jährliche Förderung. Auf Grund der bekannten Haushaltssituation gab es nunmehr Schwierigkeiten, die Kontinuität in der Arbeit der Jugendhilfe aufrecht zu erhalten. Dies traf insbesondere die freien Träger. Deshalb sollen in den Förderbereichen der Regelförderung Zuwendungsverträge abgeschlossen werden. Das ist in der Jugendhilfe nichts neues. Wir haben bereits zwei Bereiche über lange Zeit laufen. Einmal für das Jugendfreizeitzentrum Havelberg und zum anderen für das Jugendfreizeitzentrum in Osterburg.

Der Abschluss der Verträge könnte insbesondere für Projekte und Maßnahmen wie Streetwork in Stendal, das CJD Billberge oder für mobile Jugendarbeit in den Gemeinden im Norden des Landkreises erfolgen. Welche Verträge geschlossen werden, ist im Einzelfall noch zu entscheiden und auszuhandeln.

Die Zuwendungsverträge sollen als Jahresverträge abgeschlossen werden, die sich automatisch verlängern, wenn sie nicht von einem der Partner gekündigt werden. Grundlage für die Verträge bildet natürlich der Haushalt sowie das Konsolidierungskonzept. Man will mit diesen Verträgen nicht die Kommunalaufsicht umgehen, sondern Sicherheit für die Träger schaffen. Darüber hinaus ist natürlich die Beschlusslage des Jugendhilfeausschusses Grundlage für die Vertragsgestaltung. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses stehen aus meiner Sicht der Sache grundsätzlich positiv gegenüber. Sie sehen den Vorteil darin, dass man sich mit den Einrichtungen nicht mehr nur über die finanziellen Aspekte unterhalten muss, sondern sich mehr der inhaltlichen Ausrichtung der Jugendarbeit widmen kann.

Ich bitte um Zustimmung zur Vorlage.

Frau Hoffmann bittet ausdrücklich um Zustimmung zur Vorlage. Dadurch kann die Kontinuität der Jugendarbeit im Landkreis gewährleistet sowie die finanzielle Ausstattung der kleineren Träger gesichert werden. Es ist abgesichert, dass keine generelle Verbindlichkeit entsteht dadurch, dass die Verträge jährlich kündbar sind.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 12 Förderung des Sportes - Zuwendungsvertrag mit dem Kreissportbund Stendal Altmark e.V.
Vorlage: 469 – einschließlich Austauschblatt -**

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Der Landrat bemerkt, dass die Vorlage im FHLA und KVPA ausführlich behandelt worden ist. Das Austauschblatt beinhaltet die Anregungen der Ausschüsse. Er bittet um Zustimmung.

Frau Braun stellt fest, dass sich eine neue Qualität auf dem Gebiet der Jugendarbeit und des Sports entwickelt hat. Beide Vorlagen beinhalten vom Grundsatz her das gleiche. Wir wollen damit eine gesicherte und verbindliche Arbeit im Bereich der Jugend und des Sports gewährleisten und machen die entsprechenden ehrenamtlichen Träger nicht von der Finanzlage abhängig.

Im Namen des Schulausschusses möchte sie sich bei allen ehrenamtlich Tätigen, insbesondere auch auf dem Gebiet des Sports tätigen, bedanken.

Des Weiteren weist sie darauf hin, dass gefordert worden ist, dass das Land sich weiterhin zu einer Förderung der Hauptamtlichen Stellen in den Kreissportbünden zu 100 Prozent erklärt. Es wurde mir versichert, wenn kein Sponsoring gegeben ist und die Landkreise die 20 Prozent nicht tragen können, dann ist das Land bereit, diese 20 % auszugleichen.

Herr Berlin möchte darum bitten, dass die 200,0 T Euro im Kreishaushalt enthalten sind.

Frau Dr. Paschke bemerkt, dass im Sozialbereich ähnliche Situationen vorhanden sind wie im Jugend- und Sportbereich. Wir sind in der Diskussion im Sozialausschuss, welche Einrichtungen hier betroffen sind.

Frau Kunert bemerkt auf die Ausführungen von Frau Braun hinweisend, dass die Kreissportbünde nachweisen müssen, dass sie eklatant unterfinanziert sind. Und dann würde das Land die 20 % zahlen. Es wird keine generelle Lösung geben. Über die Ausnahmegenehmigung reden wir in einigen Wochen und darüber wie viel Kreise dies genehmigt bekommen haben.

Herr Kühnel bemerkt, dass die Vorlage auch ein Vertrauensbeweis gegenüber dem Kreissportbund darstellt. Auch seine Fraktion wird der Vorlage die Zustimmung geben.

Herr Schattke weist darauf hin, dass er den Vertrag als so verbindlich nicht sieht. Es sind Kündigungsfristen enthalten, und es kann jeder Zeit gekündigt werden.

einstimmig beschlossen

zu TOP 13 Arbeitsschwerpunkte zur Verringerung der Folgen von Armut bei Kindern im Landkreis Stendal Vorlage: 470

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Der Landrat bemerkt, dass ein diesbezüglicher Antrag vor gut einem Jahr von der Fraktion DIE LINKE. - Bündnis 90/Die Grünen eingebracht worden ist. In diesem Jahr wurde intensiv diskutiert. Die Ausschüsse des Kreistages haben sich mit der Problematik eingehend befasst. Wir werden dieses Problem heute, hier und im Landkreis nicht lösen können. Aber wir haben entsprechend der Gliederung auch die Aufforderungen an Bund und Land, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Es sind jedoch viele Ideen und konkrete Vorschläge entstanden. Wenn die Vorlage die Zustimmung findet, können wir in der folgenden Zeit mit der Umsetzung beginnen. Ich hatte vor einigen Tagen ein Gespräch mit Herrn Prof. Gehne (Kindheitswissenschaften Hochschule Magdeburg - Stendal). Er ist überaus interessiert, das eine oder andere Vorhaben mit zu begleiten bzw. auch eine Diplomarbeit zu einem bestimmten Thema mit auf den Weg zu bringen. Er bedankt sich für die konstruktive Diskussion und wünscht sich, dass man sich auch zukünftig intensiv der Thematik widmen wird.

Frau Hoffmann bemerkt, dass sie vor einem Jahr, als die Vorlage eingebracht wurde, davon sprach, dass jedes dritte Kind in unserem Landkreis in Armut lebt. Ich hatte die Zahlen vom deutschen Kinderschutzbund. Inzwischen wissen wir, dass in unserem Landkreis jedes zweite Kind betroffen ist. Wir wissen auch alle, dass Armut nicht nur finanziell messbar ist, sondern auch gesundheitlich, bildungsmäßig und erziehungsmäßig. Das sind diese Felder, in denen wir Angriffspunkte aufnehmen müssen. Hauptschwerpunkt bei der Strategie ist immer Prävention. Alles, was wir präventiv machen, spart künftig notwendige Gelder. Es gibt Beispiele, wie z. B. das Dormagener Modell. Man muss jedoch auch anmerken, dass hier ein Mitarbeiter des Jugendamtes über ein Jahr nur zu diesem Thema gearbeitet hat. Das heißt, wir brauchen Geld und wir brauchen auch Mitarbeiter, die es machen können. Das kann kein Jugendamtsmitarbeiter so nebenbei machen. Es geht auch nicht, dass der eine 5 Wochen daran arbeitet und 5 Wochen der andere. Darüber müssen wir uns im klaren sein.

Sie bemerkt, dass sich jeder sicher sein kann, dass die Anliegen vom Jugendhilfeausschuss begleitet werden. Natürlich steht der Ausschuss auch im in Verbindung mit dem Jugendamt und seiner Leiterin. Sie bittet darum, dieses Thema auch diskret zu behandeln, denn es kann oft sehr nahe gehen, und man muss teilweise auch sehr diskret handeln.

Frau Dr. Paschke bemerkt, dass man die Umsetzung des Antrages auch zeitiger hätte behandeln können. Immerhin ist der Antrag 14 Monate unterwegs.

Wir wussten natürlich, dass man die weit über 5000 Kinder im Landkreis Stendal mit dem Antrag nicht aus der Armut heraus holen kann. Es sollte abgeklopft werden, was man im Landkreis tun kann. Was heraus gekommen ist, ist mehr als Nichts. Trotzdem ist es ernüchternd, was auf unserem Tisch liegt. Die eine Ursache sind die fehlenden finanziellen Mittel. Die Verwaltung als auch der Kreistag haben Defizite in der analytisch konzeptionellen Arbeit. Wir haben ein halbes Jahr gebraucht, ehe wir wussten, wie viele betroffen sind und haben uns schwer getan was die Frage der ausschussübergreifenden konzeptionellen Arbeit betrifft.

Wir müssen uns fragen, haben wir für solche Arbeiten, die dringend erforderlich sind und auch andere Gebiete betreffen, überhaupt genug Personal? Wer soll das leisten? Wir ziehen uns die Kritik auf den Tisch, aber wo ist in der Beschlussvorlage die Verbindlichkeit? Wo sagen wir, bis wann was erreicht werden soll? Das ist das Anliegen des Änderungsantrages. Wir sind der Meinung, dass wir bis Anfang II. Quartal 2009 alles in die Wege bringen sollten.

Herr Berlin bemerkt, dass der Jugendhilfeausschuss federführend ist und seine Arbeit auch kompetent wahrnehmen wird.

Wir stehen voll hinter der Beschlussvorlage. Wir haben jedoch Probleme mit der Unterstützung bei der Essenausgabe. Es gibt Essenanbieter, die haben Leute aus dem 1. Arbeitsmarkt angestellt. Diese sollte man nicht in Gefahr bringen.

Der Landrat beantragt, den vorliegenden Antrag DS Nr. 477 abzulehnen. In einem Jahr soll berichtet werden, welche Ergebnisse erreicht worden sind.

Durch Herrn Imig wird vorgeschlagen, den Antrag DS Nr. 477 an den Jugendhilfeausschuss zu verweisen.

Frau Dr. Paschke bemerkt, dass man sich mit der Überweisung in den Jugendhilfeausschuss einverstanden erklären könnte.

Der Landrat erklärt, dass er seinen Antrag zurückzieht.

mehrheitlich beschlossen

Ja mehrheitlich Nein 0 Enthaltung 1

zu TOP 13.1 Änderungsantrag zur Drucksache Nr. 470 - Arbeitsschwerpunkte zur Verringerung der Folgen von Armut bei Kindern im Landkreis Stendal - Antrag der Fraktion DIE LINKE.-Bündnis 90/Die Grünen - Vorlage: 477

zurückgestellt

zu TOP 14 Anfragen und Hinweise

Frau Kunert bemerkt, dass am 13.12.2008 etwas zum Bau eines Kohlekraftwerkes in der Zeitung zu lesen war. Der Landrat wurde wie folgt zitiert: „Der Investor will nicht, dass die Öffentlichkeit schon jetzt informiert wird“.

Die Frage ist, wie der Landrat mit seiner Informationspflicht umgeht? Welche Interessen vertritt RWE? Welche Interessen muss ein Landrat vertreten, wenn er bereits in Gesprächen mit einem möglichen Investor ist? Das Datum für eine Vorbesprechung aller fachlich beteiligten Betroffenen und es geht bei dem Termin um die Festlegung des Untersuchungsrahmens. Dieser Untersuchungsrahmen ist gesetzlich festgelegt, aber es wird auch gesagt, wie was untersucht werden soll. In wie weit werden mögliche Interessen des Landkreises bei diesem Termin vertreten? Wie konkret ist der Verhandlungsstand mit RWE? Wurde der B-Plan in Arneburg schon beschlossen?

In der Altmark waren wir immer sehr stolz, wenn es um erneuerbare Energien geht. Fraglich ist, ob wir ein solches Kraftwerk in der Altmark für die Versorgung der Menschen brauchen. Man muss eine Gesamtbetrachtung vornehmen.

Der Landrat bemerkt, dass die Interessen des Landkreises in erster Linie sind, Arbeitsplätze zu schaffen. Die Verordnungen und bestehenden Gesetze sind einzuhalten. Es gibt einen potenziellen Investor, und der ist dabei, Untersuchungen zu führen, ob der schon seit Jahren im B-Plan ausgewiesene Kraftwerkstandort sich für ein größeres Investitionsvorhaben eignet. So lange die Untersuchungen laufen, die nach normalen rechtstaatlichen Verfahren betrieben werden, hat der Investor uns gebeten, sehr verantwortungsbewusst mit der Öffentlichkeit umzugehen. Insgesamt werden zur Zeit bundesweit ca. 20 bis 25 Standorte für mögliche Steinkohlekraftwerke untersucht, um den Energiebedarf der BRD zu sichern.

Herr Berlin bemerkt, dass man natürlich für Investition ist. Die Heimlichkeiten führen jedoch nicht zu einer Akzeptanz. Wir produzieren in der Altmark bereits sehr viel Energie. Diese Themen, auch die CO-2 Verpressung, sollte in die Planungsgemeinschaft gegeben werden. Die Bürger müssen aufgeklärt werden, damit man die Ängste nehmen kann. Er weiß nicht, wie viele Leitungen noch gebaut werden und wo das alles hin gehen soll?

Der Landrat bemerkt, dass er in mehreren nichtöffentlichen Sitzungen über den Stand informiert hat. Wir haben mehrere Großinvestitionen, bei denen Investoren sich bedankt haben bzgl. der konstruktiven Zusammenarbeit und die Verlässlichkeit, was Informationen betrifft. Bei diesem großen Vorhaben ist es eben so, dass intensive Prüfungen im Vorfeld stattfinden müssen.

Frau Kunert bemerkt, dass man nicht erst informieren kann, wenn alles bereits fertig ist. Demokratie kann nicht an einem Werkstor aufhören. Wir müssen die Altmark als Region sehen. Die Frage ist, ob mit dem Bau eines solchen Kraftwerkes alle anderen Aktivitäten in den Hintergrund geraten. Ich sage Ihnen, 150 neue Arbeitsplätze können auch im Bereich der erneuerbaren Energien geschaffen werden. Darüber muss man reden, und das geht nicht hinter verschlossenen Türen. In Emsdorf hat man dieses Kraftwerk verhindert, weil Menschen sich damit beschäftigt haben. 70 % der Wahlberechtigten haben an der Bürgerbeteiligung teilgenommen und gesagt, wir wollen das Kraftwerk nicht. Jetzt soll es zu uns kommen. RWE hat kein Interesse mit allen zu reden. Deshalb wird gesagt, dass die Öffentlichkeit nicht mit einbezogen wird.

Herr Schattke bemerkt, dass man etwas Konkretes haben muss, wenn man damit an die Öffentlichkeit geht. Er möchte nur an Arendsee erinnern, wo Scheich Abdullah war und keiner will den Scheich auf einmal gekannt haben.